

Regierungsratsbeschluss

vom 14. November 2006

Nr. 2006/2023

**Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte;
Stellungnahme des Regierungsrates zum Änderungsantrag der Justizkommission
vom 2. November 2006 (RG 098/2006)**

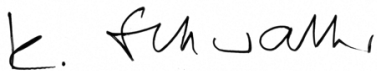
1. Erwägungen

Die Justizkommission unterbreitet am 2. November 2006 einen Änderungsantrag zum Beschlussesentwurf in RG 098/2006 (S. 12, unter II.). In § 87 b des Gesetzes über die Gerichtsorganisation vom 13. März 1977 (BGS 125.12) soll nur die Wählbarkeit der Mitglieder der Amts- und Jugendgerichte geregelt werden (die 'Mitglieder der Arbeitsgerichte' sind auszunehmen).

Diesem Antrag ist zuzustimmen, da für die Mitglieder der Arbeitsgerichte die Spezialgesetzgebung gilt (Gesetz über die Arbeitsgerichte vom 20. Mai 1973, BGS 125.61). Ein Vorbehalt erübrigt sich. Als Arbeitsrichter wählbar sind demnach Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die in *kantonalen* Angelegenheiten stimmberechtigt sind (§ 12 Abs. 1 des Gesetzes über die Arbeitsgerichte vom 20. Mai 1973, Fassung vom 7. März 1993).

2. Beschluss

Der Regierungsrat stimmt dem Änderungsantrag der Justizkommission zu.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Beilage

Änderungsantrag JUKO vom 2. November 2006

Verteiler

Regierungsrat

Staatskanzlei (Sch, Stu)

Bau- und Justizdepartement, Rechtsdienst

Aktuarin JUKO

Parlamentsdienste

Traktandenliste Kantonsrat